

Leitfaden Parteien-Check

1. Forderungen sammeln

- als Gruppe erste Sammlung mit einem Pad (z.B. riseup) (evtl. Unterteilung in Themenbereiche)
- Forderungen möglichst konkret und radikal (Was ist ökologisch notwendig?)
- Einigung auf ca. 15-25 Forderungen, diese kurz ausformulieren (Daten, Begründung) *(Beispiele siehe unten)*

2. Kontakt zu Kandidat*innen

- Mailadressen der lokalen Kandidat*innen raussuchen
- Dokument mit Forderungen an alle Kandidat*innen verschicken mit klaren Anweisungen und Bearbeitungsfrist (2 Wochen scheinen angemessen) *(Mailbeispiel siehe unten)*
- nach Fristablauf Erinnerungsmail an Kandidat*innen, die bisher nicht geantwortet haben (etwas Druck aufbauen, alle anderen Kandidat*innen hätten bereits geantwortet o.ä.)

3. Auswertung

- Tabelle mit allen Antworten zu den jeweiligen Forderungen erstellen und in der Gruppe abstimmen, ob Zustimmung, Ablehnung oder unklare Antwort bzw. teilweise Zustimmung
- Die Bewertung muss nicht zwingend der angegebenen Position entsprechen, wenn sie für euch nicht glaubwürdig wirkt (beispielsweise wenn in der Antwort Ausnahmeregelungen von einem geforderten Verbot erklärt werden)
- ca. 12-15 Forderungen aussuchen, die auf den Flyer sollen (nach Wichtigkeit und Differenzierung zwischen den Parteien)

4. Homepage

- alle ausformulierten Forderungen sowie die vollständigen Antworten der Kandidat*innen übersichtlich auf die jeweilige Homepage setzen

5. Design

- Flyer gestalten im BUNDjugend Design mit übersichtlicher Tabelle *(fertiger Flyer siehe unten)*
- V.i.S.d.P. nicht vergessen
- Verweis auf Link zur Homepage
- Wenn einzelne Kandidat*innen nicht geantwortet haben, das genauso auf dem Flyer vermerken (keine Antwort ist auch eine Antwort)

6. Druck

- A5-Flyer drucken lassen, z.B. Umweltdruckerei (1500 Stück, ca. 83 Euro)

7. Facebook

- Flyer posten als Foto (nicht als Link!) mit kurzer Beschreibung
- Kandidat*innen, Kreisverbände, Parteien usw. markieren, auf verschiedenen Seiten teilen

8. Flyer verteilen

- z.B. auf Infoständen in Innenstädten oder in Briefkästen bei Verteilaktionen

BUNDjugend Münster Forderungen zur Bundestagswahl 2017

Energie- und Klimapolitik

Kohle ist der klimaschädlichste Energieträger und Deutschland weiterhin Weltmeister bei der Förderung. Wir brauchen dringend einen sozialverträglichen Kohleausstieg, um die schlimmsten Folgen der globalen Erwärmung, die vor allem die ärmsten Menschen dieser Welt zu spüren bekommen, zu verhindern.

Wir fordern einen vollständigen Kohleausstieg bis spätestens 2030.

Im Widerspruch zum beschlossenen Atomausstieg wird in Deutschland weiterhin Uranbrennstoff in der Urananreicherungsanlage Gronau und der Brennelementefertigungsanlage Lingen hergestellt.

Wir fordern, dass die Fertigung von Uranbrennstoff beendet wird, sowie ein generelles Verbot des Im- und Exports von Uranbrennstoffen und Atommüll.

Fracking ist eine Methode, bei der mithilfe von großen Wassermengen klimaschädliches Öl und Gas gefördert wird. Bei diesem Vorgehen kann das Grundwasser u.a. mit Schwermetallen und radioaktiven Substanzen verunreinigt werden und beinhaltet so neben den negativen Konsequenzen für das Klima auch ein großes gesundheitliches Risiko. Wir brauchen stattdessen einen kompletten Umstieg auf erneuerbare Energien.

Wir fordern ein generelles Frackingverbot.

Im Jahr 2015 hatte der Bund Anlagen im Wert von 112 Mio. Euro in fossilen Unternehmen und auch weiterhin werden klimaschädliche Konzerne durch staatliche Investitionen unterstützt. Hier sind öffentliche Institutionen, die Länder und auch die Bundesregierung aufgefordert, zu deinvestieren und stattdessen in erneuerbare Energien zu investieren.

Wir fordern, dass neue Investitionen in Gas-, Öl- und Kohleunternehmen ausgeschlossen und die bestehenden Kapitalanlagen in den nächsten 5 Jahren beendet werden.

Ernährung und Landwirtschaft

Allein in Deutschland werden jährlich 58 Millionen Schweine, 630 Millionen Hühner und 3,2 Millionen Rinder geschlachtet: Sie werden in Tierfabriken eingepfercht, auf Hochleistung gezüchtet und bekommen präventiv große Mengen an Antibiotika. Das ist schlecht für die Tiere, den Menschen und die Umwelt.

Wir fordern ein Verbot von Massentierhaltung.

Im Lebensmitteleinzelhandel entstehen jährlich rund 2,58 Mio. Tonnen Lebensmittelabfall. 2,4 Mio. Tonnen davon könnten vermieden werden.

Wir fordern einen gesetzlichen Wegwerfstopp für vermeidbaren Abfall im Einzelhandel.

Es gibt zunehmend Patente auf das Erbgut von Pflanzen und Tieren. Deren Besitz kostet Millionenbeträge, die sich nur weltweit agierende Unternehmen leisten können. Diese können die Verwendung ihrer Patente verbieten und den Preis für ihre Produkte beliebig hoch festsetzen. Die Welternährung droht dadurch immer mehr in Abhängigkeit einiger weniger Konzerne zu geraten.

Wir fordern ein Verbot der Patente auf Tiere und Pflanzen.

Im Durchschnitt bezieht ein landwirtschaftlicher Betrieb in Deutschland heute 44% seines Einkommens aus EU-Subventionen. Die Verteilung ist gesellschaftlich und ökologisch nicht akzeptabel: 20% der Direktzahlungen entfallen auf intensiv arbeitende Großbetriebe und Agrarkonzerne (0,5% der Höfe). Ein vergleichbarer Anteil entfällt auf die kleineren 70% der Höfe - je weniger als 10.000 Euro. Außerdem entstehen ökologische Schäden durch die konventionelle Landwirtschaft.

Wir fordern, Subventionen nur noch an kleinere Betriebe, die ökologisch arbeiten, zu vergeben.

Verkehrspolitik

Der motorisierte Individualverkehr ist einer der Hauptverursacher von Luftschadstoffen und Lärm. Wir wollen, dass mehr Menschen auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen und Mobilität keine Sache des Geldbeutels ist.

Wir fordern einen kostenlosen öffentlichen Nahverkehr.

Im Verkehrssektor haben seit den 90er-Jahren keine Emissionsminderungen stattgefunden. Der neue Bundesverkehrswegeplan bedeutet eine weiterhin auf das Auto fokussierte und umweltschädliche Verkehrspolitik.

Wir fordern einen klaren Vorrang von Fuß-, Rad- und öffentlichem Nahverkehr gegenüber dem Autoverkehr.

Der Entwurf des Bundesverkehrswegeplans sieht einen weiteren starken Ausbau des Autobahnnetzes vor. Stattdessen wären mehr Investitionen in eine ökologische und zukunftsfähige Mobilität notwendig.

Wir fordern, dass es keinen weiteren Ausbau des Autobahnnetzes gibt.

Durch Subventionen getrieben, ist der Flugverkehr heute schon weltweit für 5% der globalen Erwärmung verantwortlich, da neben CO₂ auch besonders umweltschädliche Abgasemissionen in hohen Luftschichten entstehen.

Wir fordern eine angemessene Anwendung der Energie- und Mehrwertsteuer sowie eine Beendigung von staatlichen Subventionen für Flughäfen.

Der Flugverkehr wächst stetig und führt zur Ausweitung der Flugzeiten in die Nachtstunden. Diese Ausweitung wirkt sich auf die Lebensqualität und Gesundheit durch eine gestörte Nachtruhe der in Flughafennähe lebenden Menschen aus. Auch für die Umwelt hat die Ausweitung des Flugverkehrs negative Konsequenzen und sollte durch alternative Verkehrsmittel aufgefangen werden.

Wir fordern ein striktes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr.

Eine Tempobegrenzung auf 30 km/h in Innenstädten stellt einen unverzichtbaren Beitrag für mehr Sicherheit, weniger Lärm und weniger Abgase in den Städten und Gemeinden dar. Die Tempobegrenzung steigert die Attraktivität zeitgemäßer, umweltschonender Alternativen zum motorisierten Individualverkehr.

Wir fordern ein flächendeckendes Tempolimit von 30 km/h in Innenstädten.

Die Raserei auf deutschen Autobahnen treibt nicht nur die Unfallstatistik nach oben, sondern trägt auch mit zum Klimawandel bei. Eine Tempobegrenzung auf 120 km/h würde die Sicherheit steigern, den Verkehrsfluss verbessern, einen Strategiewechsel bei Automobilherstellern bewirken und dadurch die Umwelt und den Verbraucher entlasten.

Wir fordern ein generelles Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen.

Flucht und Fluchtursachen

Deutschland ist einer der größten Rüstungsexporteure weltweit. Exporte ganzer Waffenfabriken auch in Spannungsregionen werden von der Bundesregierung genehmigt. Auch lässt sich der weitere Verbleib der Rüstungsgüter nie ganz kontrollieren. Wer Fluchtursachen bekämpfen möchte, sollte keine Rüstungsgüter exportieren.

Wir fordern ein konsequentes Verbot aller Rüstungsexporte.

Kriege, ungerechte Handelspolitik, Ausbeutung, Landraub, Klimawandel... All das bedroht die Existenzgrundlage vieler Menschen auf der Welt und zwingt sie zur Flucht. Und die Verantwortung für die Entstehung dieser Fluchtgründe tragen zu großen Teilen wirtschaftlich starke Länder wie Deutschland. Nicht zuletzt deshalb müssen wir solidarisch mit geflüchteten Menschen umgehen und dürfen sie nicht abschieben. Abschiebungen v.a. in Krisengebiete bedeutet oft Lebensgefahr für die Menschen.

Wir fordern eine gerechtere Einwanderungspolitik und einen sofortigen Abschiebestopp.

mailbeispiel

Sehr geehrte Frau Benning,

wir, die BUNDjugend Münster sind eine Gruppe junger Menschen, die sich für eine sozialere und ökologischere Zukunft für alle einsetzt. Wir wollen, dass unsere Interessen auch in der Politik stärker berücksichtigt werden und möchten daher die Bundestagskandidat*innen aus Münster nach ihren Positionen befragen. Diese möchten wir dann in Kurzform in einem Flyer und ausführlicher auf unserer Homepage veröffentlichen. Wir würden uns daher freuen, wenn Sie sich etwas Zeit nehmen und sich **bis Montag, den 10. Juli** zu unseren Forderungen äußern. Unten sowie im Anhang finden Sie jeweils eine kurze Erläuterung und dann die konkrete Forderung. Wir bitten Sie, **zu jeder Forderung anzugeben, ob sie zustimmen oder nicht zustimmen und ihre Position dann kurz (nicht mehr als 300 Zeichen) auszuführen**. Wir selbst behalten uns vor, die Positionierung auf dem Flyer anzupassen, wenn der dazugehörige Text der angegebenen Position unserer Meinung nach widerspricht.

Mit freundlichen Grüßen,

die BUNDjugend Münster (i.A. Elisa Hüller)